

Erich P. Hochleitner (Hg.)

# Das europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Die Beiträge wurden im Rahmen eines Forschungsprojektes des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik erarbeitet. Das Forschungsprojekt wurde als Projekt Nr. 6420 vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank unterstützt.

Gedruckt mit der Unterstützung der Wissenschaftskommission des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr in Wien.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme – Ein Titeldatensatz ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 3-205-99184-2

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der Wiedergabe im Internet und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2000 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H und Co. KG, Wien . Köln . Weimar  
Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefreiem Papier  
<http://www.boehlau.at>

Satz: [bild.txt], 3430 Langenrohr  
Druck: Menzel, A-1120 Wien

## Vorwort

Mit dem Vertrag von Amsterdam, den Beschlüssen des Europäischen Rates von Köln und Helsinki<sup>1</sup> und den Beschlüssen der NATO-Gipfel von Madrid und Washington wurden die Grundstruktur und der Rahmen des europäischen Sicherheits- und Verteidigungssystems des 21. Jahrhunderts festgelegt. Der Prozeß zur Entwicklung der Union zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion wurde in Gang gesetzt und die Weichen für die europäische bzw. euro-atlantische Sicherheitsordnung des 21. Jahrhunderts gestellt. Bereits in den nächsten Monaten und Jahren werden in der Europäischen Union wichtige Entscheidungen fallen, um die Union militärisch handlungsfähig zu machen und damit in die Lage zu versetzen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und die Stabilität des europäischen Umfeldes zu übernehmen. Diese Entscheidungen werden im 21. Jahrhundert die Grundlage für die Sicherheit der Union und der Bürger der Union sein. Dies ist mehr als ein Anlaß, diese Arbeit vorzulegen, welche die unausweichlichen Veränderungen, Verknüpfungen und Konsequenzen für Europa und die Welt objektiv darstellt.

Das Bedrohungsbild der Jahre 2000–2010 zeigt, daß die Gefahr eines massiven konventionellen Angriffs auf die Europäische Union und ihre Mitglieder zwar geschwunden ist, doch ist Europa mit einer Reihe neuer komplexer Risiken und Unsicherheiten konfrontiert. Die Risiken sind heute diffus und vielfältig, und ihr Ursprung kann weit entfernt liegen. Das breite Spektrum an Risiken und Bedrohungen reicht von regionalen nationalen, ethnischen und religiösen bewaffneten Konflikten, der Verbreitung von nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen und weitreichenden den Trägersystemen bis zu internationalem Terrorismus und Cyber-War. Kein europäischer Staat alleine kann seinen Bürgern heute noch die notwendige Sicherheit gewährleisten. Die Sicherheit der Union und des europäischen Raumes kann daher nur durch staatenübergreifende Solidarität garantiert werden. Dabei geht es nicht nur um die Verteidigung des eigenen Landes, die weiterhin die zentrale Aufgabe jeder Sicherheitspolitik sein muß, sondern auch um die Friedensvorsorge und Stabilitätssicherung im Umfeld der Union.

Die bestehenden Systeme kollektiver Sicherheit funktionieren nicht verlässlich. Das Friedenssicherheitssystem der Vereinten Nationen (VN) ist unvollkommen und konnte den Ausbruch von Kriegen weder verhindern noch Frieden schaffen. Die VN verfügen über keine militärischen Mittel, um einem Aggressor wirksam entgegenzutreten zu können. Selbst der Generalsekretär der VN hat festgestellt, daß einer Aggression nur dann erfolgreich entgegengetreten werden kann, wenn Koalitionen von willigen Staaten oder Sicherheitsorganisationen wie die NATO bereit sind, sich unter der Autorität der VN für friedenschaffende Operationen zu engagieren.

Auch die OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsorganisation kann nur einen Teilbereich der sicherheitspolitischen Bedürfnisse, nämlich den der *Soft security*, abdecken. Die OSZE ist im Bereich der «stillen Diplomatie» und Konfliktverhütung, aber auch bei der Stabilisierung von Nachkriegssituationen erfolgreich tätig. Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der kooperativen Sicherheitspolitik kann sie Aktionen eines aggressionsbereiten Gegners weder abschrecken noch abwehren. Daran wird sich auch nach der Annahme einer «europäischen Sicherheitscharta» nichts ändern.

Die Europäische Union versteht sich seit der Gründung der Gemeinschaft nicht nur als nach innen wirkende Friedensgemeinschaft, die Kriege unter Partnern undenkbar macht, sondern als

---

<sup>1</sup> Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki (Dezember 1999) konnten aus terminlichen Gründen bei der Fertigstellung dieses Buches nicht mehr im Detail berücksichtigt werden.

Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker. Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sind gemäß Vertrag von Amsterdam u.a. die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Union sowie die Stärkung ihrer Sicherheit. Der Vertrag von Amsterdam bestimmt darüber hinaus, daß die Union eine gemeinsame Verteidigungspolitik festzulegen hat. Er legt auch fest, daß die Petersberg-Operationen des Krisenmanagements Aufgaben der Union sind.

In Köln wurde beschlossen, daß die Union militärisch handlungsfähig gemacht werden muß, um in Zukunft in der Lage zu sein, das gesamte Instrumentarium einer umfassenden Sicherheitspolitik im Bereich des Krisenmanagements kohärent und wirksam einzusetzen. Die für ein glaubwürdiges europäisches Krisenmanagement erforderlichen militärischen Mittel und Fähigkeiten müssen daher geschaffen und in der Union die erforderlichen politischen und militärischen Entscheidungs- und Beratungsstrukturen aufgebaut werden. In Helsinki wurde mit der Umsetzung der Kölner Beschlüsse begonnen. Die Union wird Petersberg-Operationen mit europäischen Kapazitäten oder mit Rückgriff auf NATO-Ressourcen im konkreten Fall durchführen, wobei die NATO zugesagt hat, für EU-geführte Operationen die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Union wird daher die Funktionen der WEU, die bisher als Scharniere zwischen der FU und NATO genutzt wurde, übernehmen. Die entsprechenden Beschlüsse sind spätestens Ende 2000 zu fassen.

Die gegenseitige Beistandsverpflichtung des Art. V des WEU-Vertrages bleibt aufrecht, wobei die NATO die Aufgaben der kollektiven Verteidigung der WEU-Mitglieder wahrnimmt. Die Union wird aber in den nächsten Jahren den Schritt zur vollen Verteidigungsunion machen müssen, denn die Union muß ein einheitlicher Sicherheitsraum sein. Eine variable Geometrie auf dem Gebiet der Sicherheit schafft unterschiedliche Zonen der Sicherheit. Es sollten daher alle EU-Staaten, auch die derzeit bündnisfreien EU-Mitglieder, auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung die gleichen Rechte und Pflichten haben, denn das Auseinanderklaffen der Solidaritäts- und Beistandspflichten ist auf die Dauer äußerst problematisch und gefährdet das politische Projekt «Union». Eine Union ohne gemeinsame Verteidigung ist keine Union.

Die NATO hat sich seit 1990 tiefgreifend verändert und nahm drei neue Mitglieder auf: Ungarn, Polen und die Tschechische Republik. Die neue NATO hat keine Feinde, ihre Aufgabe ist die Sicherung der Stabilität in Europa und die Gewährleistung der Sicherheit in einem globalen Umfeld wachsender Irrationalität und zunehmender Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen. Die neue NATO ist dank ihrer Strukturen, ihrer operationellen Fähigkeiten und der Mitgliedschaft der USA die einzige glaubwürdige Sicherheitsorganisation in Europa, welche die Sicherheit und Stabilität für den gesamten euro-atlantischen Raum garantiert. Die NATO erfüllt dabei eine Reihe wichtiger Aufgaben:

- ◆ Sie ist Initiator und Motor einer breit angelegten kooperativen gesamteuropäischen Sicherheitspolitik (Partnerschaft für den Frieden, NATO-Rußland-Rat, Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat etc.).
- ◆ Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum kollektiven Sicherheitssystem der Vereinten Nationen, wie z. B. IFORJSFOR und die KFOR.
- ◆ Sie führt die traditionelle Aufgabe der kollektiven Verteidigung im Sinne des Art. 51 der VN-Charta weiter.
- ◆ Sie ist auch der Grundstein der transatlantischen Zusammenarbeit, denn das Engagement der Vereinigten Staaten ist weiterhin zur Sicherstellung des strategischen Gleichgewichtes in Europa unverzichtbar. Die militärischen Kapazitäten der NATO sind aber auch für ein wirksames europäisches Krisenmanagement wichtig.

Die EU und die NATO sind die zentralen Pfeiler des europäischen Sicherheitssystems zu

Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie gewährleisten in ihrem Zusammenwirken nicht nur die Sicherheit der Union, sondern projizieren auch Sicherheit und Stabilität in den ost- und mitteleuropäischen Raum und in die südliche Peripherie der Union. Die EU und die NATO verbinden gemeinsame Werte und gemeinsame strategische Interessen und sind einander ergänzende Ausdrucksformen der gleichen Solidar- und Wertegemeinschaft. Auch die Erweiterungsprozesse der EU und der NATO dienen dem gleichen Ziel, nämlich der Stabilisierung Mitteleuropas. Die europäischen Bemühungen konzentrieren sich darauf, die Europäische Union militärisch handlungsfähig zu machen und den euro-atlantischen Sicherheitsverbund neu zu gestalten und zu vertiefen. Ziel dieser Bemühungen ist es, die Position Europas im Sicherheitsverbund zu stärken und eine neue ausgewogenere euro-atlantische Partnerschaft zu schaffen.

Der vorliegende Sammelband «Das europäische Sicherheitssystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts» verfolgt das Ziel, ausgehend von den sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen das Europa des Jahres 2000 konfrontiert ist, die Aufgaben und die Entwicklung der EU, WEU und NATO als zentrale Elemente des europäischen Sicherheitssystems darzustellen. Dabei wurden auch die wichtigsten Problemstellungen im Zusammenhang mit der zu erwartenden künftigen Entwicklung aufgezeigt. Es erschien aber auch wichtig, die Möglichkeiten und Grenzen der bestehenden Systeme der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen und der OSZE darzustellen und zu analysieren. Die Beiträge wurden von einem Team von Wissenschaftlern, Praktikern der Diplomatie und der Sicherheitspolitik sowie jungen Politologen verfaßt, wobei jeder Autor für seinen Beitrag verantwortlich zeichnet. In die Beiträge sind auch die Ergebnisse eines vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten und bereits 1998 fertiggestellten Forschungsprojektes eingeflossen. Diese wurden allerdings überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.

Als Herausgeber möchte ich Herrn Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schneider, Herrn Hofrat Univ.-Dozent DDr. Heinz Vetschera, Herrn Gesandten Dr. Markus Cornaro so wie den Mitarbeitern des Instituts Herrn Dr. Gunther Hauser und Herrn Mag. Johannes Kerschbaumer als Mitautoren für ihre Arbeit herzlich danken, auch Mag. Otto Stift, der am Forschungsprojekt des Jubiläumsfonds seinerzeit mitgearbeitet hat. Mein besonderer Dank gilt meiner Frau Charlotte, die die Entstehung dieses Buches mit großer Geduld begleitet hat.

Das Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik hat dieses Werk mit dem Ziel verfaßt, dem Leser einen Überblick über das Funktionieren der Institutionen der europäischen Sicherheitsarchitektur zu geben. Das Buch soll informieren, aber auch die Rolle und das Zusammenwirken der Organisationen verständlich machen. Das vorliegende Werk soll aber auch ein Beitrag zur europäischen Diskussion über die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und des europäischen Sicherheitssystems sein.

Erich Hochleitner

## **Inhalt**

*Johannes Kerschbaumer:*

<b>Europa 2000 – neue Risiken, Unsicherheiten und Bedrohungsbilder</b>	<b>21</b>
1. <b>Die Wende 1989 verändert Europa</b>	<b>21</b>
2. <b>Ethnische, nationale und religiöse bewaffnete Konflikte im europäischen Umfeld</b>	<b>21</b>
3. <b>Unsicherheiten durch wirtschaftliche, politische und soziale Destabilisierung</b>	<b>23</b>
3.1. Rußland – eine nukleare Macht im Ringen um Stabilität	23
3.2. Die Ukraine – ein wichtiger Stabilitätsfaktor	25
4. <b>Globale Risiken</b>	<b>26</b>
4.1. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und modernen Trägersystemen	26
4.2. Sonstige globale Risiken	27
5. <b>Neue Risiken und Bedrohungsbilder erfordern eine umfassende Sicherheitspolitik</b>	<b>30</b>

*Heinrich Schneider:*

<b>Die Entwicklung des Systems internationaler Friedenssicherung: Neue Ansätze und ihre Probleme</b>	<b>33</b>
1. <b>Zehn Thesen anstelle eines Executive summary</b>	<b>33</b>
2. <b>Das Friedenssicherungssystem der UNO und seine Schwächen</b>	<b>36</b>
2.1. Grundzüge des Systems der UN-Charta	36
2.2. «Kollektive Sicherheit» und «Selbstverteidigung»: Ambivalenzen im Kapitel VII	
2.3. Globale und regionale Sicherheitsordnung: Das Kapitel VIII der Charta	45
2.4. Friedenserhaltung durch «Blauhelme»: Das ungeschriebene «Kapitel sechseinhalb»	52
2.5. Der Anspruch der UNO und die Wirklichkeit	52
3. <b>Neue Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten</b>	<b>63</b>
3.1. Die neue Sicht sicherheitspolitischer Aufgaben und Leitlinien	63
3.2. Probleme und Risiken	74
3.3.3. Nochmals: Die Ideen zu einem «europäischen Sicherheitssystem»	84
4. <b>Zum Schluß</b>	<b>90</b>

*Heinz Vetschera:*

<b>Grenzen und Möglichkeiten kooperativer Sicherheitspolitik in Europa am Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)</b>	<b>93</b>
<b>1. Vorbemerkung</b>	<b>93</b>
<b>2. Die OSZE als Einrichtung «kooperativer Sicherheitspolitik» und die Frage der «interlocking institutions»</b>	<b>95</b>
2.1. Zur Thematik der «kooperativen Sicherheitspolitik»	96
2.1.1. Der Begriff der «kooperativen Sicherheitspolitik»	97
2.1.2. Formen der Sicherheitspolitik	98
2.1.2.1. «Nichtkooperative» Sicherheitspolitik	99
2.1.2.2. «Kooperative Sicherheitspolitik»	100
2.1.2.2.1. Fehleinschätzung als «Alternative»	101
2.1.2.2.2. Unverständnis und Kritik an der Konzeption der kooperativen Sicherheitspolitik	102
2.1.2.3. Verhältnis von «nichtkooperativer» und »kooperativer» Sicherheitspolitik	103
2.2. Die Rolle internationaler Institutionen	106
2.2.1. Die Funktion als «Transmissionsriemen» und «Koordinationsrahmen» von Politik	107
2.2.2. Die Fiktion der «interlocking institutions»	108
2.2.3. Das Beispiel der Umsetzung des Dayton-Abkommens über Internationale Institutionen	110
<b>3. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – Entwicklung und Struktur</b>	<b>113</b>
3.1. Grundlagen	114
3.2. Charakteristika	115
3.3. Institutionalisierung und die Entwicklung von der KSZE zur OSZE	116
3.3.1. Die Schaffung der KSZE-Institutionen	116
3.3.2. Die weitere Entwicklung	117
3.3.3. Beurteilung der Entwicklung zur OSZE und der derzeitige Status	120
3.3.4. Die derzeitige Organisationsstruktur	121
3.3.4.1. Die beratenden/beschlußfassenden Organe	121
3.3.4.2. Die durchführenden Organe	123
3.3.4.2.1. Auf der politischen Ebene	124
3.3.4.2.2. Auf der Beamtenebene	124
3.3.5. Die weitere Entwicklung	127

<b>4.</b>	<b>Die Rolle der OSZE für die europäische Sicherheit im Verhältnis zu anderen sicherheitspolitischen Institutionen und Organisationen</b>	<b>127</b>
4.1.	Die Rolle der OSZE als Regionale Abmachung gemäß Kapitel VIII der Satzung der Vereinten Nationen	127
4.1.1.	Charakteristik regionaler Abmachungen	127
4.1.2.	Abgrenzung von regionalen Verteidigungsbündnissen	130
4.1.3.	Bewertung der OSZE als regionale Abmachung	131
4.2.	Das Verhältnis zwischen den Vereinten Nationen, der OSZE und den europäischen Allianzen (NATO und WEU)	131
4.2.1.	Berührungspunkte und faktische Verflechtungen	133
4.2.2.	Erste Ansätze zur Koordination und Zusammenarbeit	133
4.2.3.	Die Lösung durch die Beschlüsse von Lissabon und Kopenhagen	135
4.2.3.1.	Das Gipfeltreffen von Lissabon (Dezember 1996)	135
4.2.3.2.	Das Ratstreffen von Kopenhagen	137
<b>5.</b>	<b>Schlußfolgerungen für die Rolle von Einrichtungen kooperativer Sicherheitspolitik für die europäische Sicherheit und die österreichische Sicherheitspolitik</b>	<b>138</b>
5.1.	Die Funktion der OSZE	141
5.2.	Ableitungen für die europäische Sicherheit und die österreichische Sicherheitspolitik	143
<b>Anhang</b>		<b>147</b>
<b>Tabellen</b>		<b>147</b>
	A) Vergleich UNO/OSZE/NATO/WEU	147
	B) OSZE-Operationen und -Missionen	148
	C) Entwicklung militärischer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen	150

*Erich Hochleitner:*

<b>Die Europäische Union am Weg zur Sicherheits- und Verteidigungsunion</b>	<b>153</b>
<b>1. Die Entwicklung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit</b>	<b>154</b>
<b>2. Der Vertrag über die Europäische Union von Maastricht</b>	<b>155</b>
2.1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	156
2.2. Die neuen Instrumente des außenpolitischen Handelns	157
2.3. Der institutionelle Rahmen und die Organisation der GASP	i
<b>3. Die Schaffung einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension</b>	<b>160</b>

3.1.	Die sicherheitspolitische Agenda der Regierungskonferenz 1990–1991	160
3.2.	Das Ergebnis von Maastricht	167
3.3.	Die Entwicklung der WEU seit Maastricht	169
3.4.	Die Zusammenarbeit der Union mit der WEU	171
<b>4.</b>	<b>Erfolge und Schwächen der außenpolitischen Aktion der Union</b>	<b>173</b>
<b>5.</b>	<b>Stabilisierung und Sicherheit durch Integration</b>	<b>175</b>
<b>6.</b>	<b>Die Regierungskonferenz 1996/1997</b>	<b>176</b>
<b>7.</b>	<b>Das Amsterdamer Ergebnis im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik</b>	<b>179</b>
7.1.	Neue GASP-Maßnahmen	179
7.2.	Neuerungen bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	181
<b>8.</b>	<b>Die GASP-Bestimmungen von Amsterdam, ihre Bedeutung und Umsetzung</b>	<b>184</b>
8.1.	Die Stärkung der Rolle des Europäischen Rats	18
8.2.	Die neue Strategieplanungs- und Frühwarninheit	18
8.3.	Der Hohe Vertreter für die GASP	187
8.4.	Das neue Instrumentarium und Entscheidungsverfahren der GASP	188
<b>9.</b>	<b>Die Sicherheits- und Verteidigungsdimension nach Amsterdam</b>	<b>189</b>
9.1.	Der Unionsvertrag erfordert die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik	189
9.2.	Europäisches Krisenmanagement	190
9.3.	Die Position der WEU nach Amsterdam	193
<b>10.</b>	<b>Neue Impulse für den Prozeß der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>	<b>195</b>
10.1.	Die neue britische Europa- und Sicherheitspolitik	195
10.2.	Erste Konferenz der EU-Verteidigungsminister in Wien	197
10.3.	Die Erklärung von St. Malo	198
10.4.	Der Europäische Rat von Wien	199
10.5.	Die Beschlüsse des Washingtoner NATO-Gipfels vom 23./24. April 1999	199
10.6.	Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln vom 3./4. Juni 1999	202
10.7.	Der britisch-italienische Gipfel vom 19./20. Juli 1999	205
10.8.	Der französische Aktionsplan vom 22. Juli 1999	206
<b>11.</b>	<b>Die Union am Weg zur Verteidigungsunion</b>	<b>207</b>
11.1.	Grundsätzliche Vorbemerkungen und Feststellungen	207
11.2.	Die Schaffung autonomer europäischer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung	209
11.2.1.	Die Entwicklung europäischer militärischer Mittel und Fähigkeiten	211



11.2.2.	Die Schaffung zusätzlicher Entscheidungs- und Beratungsorgane für Sicherheits- und Verteidigungsfragen im Rahmen der Union – Institutionelle Maßnahmen	215
11.3.	Das Schicksal der WEU	218
11.4.	Die Definition gemeinsamer Interessen und Ziele	219
11.5.	Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rüstungsmarktes und die Restrukturierung der Verteidigungsindustrie	221
11.6.	Gegenseitige Sicherheitsgarantien, eine zukünftige Schlüsselfrage	223
<b>12.</b>	<b>Der Sicherheitsverbund Europäische Union – NATO</b>	<b>225</b>
<b>13.</b>	<b>Zum Schluß</b>	<b>229</b>

*Markus Cornaro:*

	<b>Die Westeuropäische Union – ein erster Nachruf</b>	<b>233</b>
<b>1.</b>	<b>Von den Anfängen bis zum Amsterdamer Vertrag</b>	<b>233</b>
1.1.	Die historischen Wurzeln	233
1.1.1.	Die Westunion	233
1.1.2.	Gründung der Westeuropäischen Union	234
1.2.	Die ersten Wiederbelebungsversuche (1984 bis 1991)	235
1.2.1.	Die Haager Plattform	235
1.2.2.	Ausweitung auf zehn Vollmitglieder	236
1.3.	Die Verknüpfung mit dem europäischen Integrationsprozeß in Maastricht 1991	236
1.3.1.	Die Maastrichter WEU-Bestimmungen	236
1.3.2.	Die Erklärung der WEU zu Maastricht	237
1.3.3.	Die Petersberg-Erklärung: Neue Aufgaben und Strukturen	237
1.3.4.	Die Familie der 28 WEU-Nationen	238
1.4.	Die militärische Dimension der WEU bis Amsterdam	239
1.4.1.	Im Persischen Golf	239
1.4.2.	Auf dem Balkan	239
1.4.3.	Ausbau der Kapazitäten: FAWEUs und Planungsstab	241
<b>2.</b>	<b>Die Weiterentwicklung der WEU im Vertrag von Amsterdam</b>	<b>242</b>
2.1.	Bilanz operativer Zusammenarbeit EU – WEU seit Maastricht	242
2.2.	Das neue Auftragsverhältnis zwischen Union und der WEU	243
2.2.1.	Vertragliche Aspekte	244
2.2.2.	Institutionelle Aspekte (im Verhältnis WEU/EU)	245
2.2.3.	Ausbau der militärischen Eigenständigkeit	246
2.2.4.	Entwicklungen im Verhältnis zur NATO	247

2.3.	Das neue Auftragsverhältnis: keine Dauerlösung, sondern der Anfang vom Ende	248
2.3.1.	Haltungsänderung Frankreichs und Großbritanniens	248
2.3.2.	Der österreichische EU-Vorsitz	248
2.3.3.	Der deutsche EU-WEU-Doppelvorsitz	250
<b>3.</b>	<b>Die WEU heute: Wertbestimmung am Vorabend ihrer Auflösung</b>	<b>250</b>
3.1.	Ihr institutionelles Vermächtnis	250
3.1.1.	Die Beschlüsse von Köln	250
3.1.2.	Das Problem der Gleichbehandlung der Beobachter und Assoziierter Mitglieder	251
3.2.	Ihr militärisches Verständnis	252
3.2.1.	Europäische Konvergenzkriterien für den Verteidigungsbereich	253
3.2.2.	Der Rückgriff auf NATO-Ressourcen	254
3.2.3.	Die Rüstungskooperation (WEAG)	255
3.3.	Wann wird die WEU überflüssig	256
3.3.1.	Offene Detailfragen	257
3.3.2.	Verbleibende Aufgaben	257
3.4.	Ein erster Nachruf	258
	<b>Anhang: Österreich als WEU-Beobachter</b>	<b>259</b>
1.	Bemühungen um einen aktiven Beobachterstatus	259
2.	Die Frage eines WEU-Vollbeitritts Österreichs	264

*Gunther Hauser:*

	<b>Die NATO – die Grundlage des euro-atlantischen Sicherheitsverbundes</b>	<b>267</b>
<b>1.</b>	<b>Die NATO – eine politische Allianz</b>	<b>267</b>
1.1.	Die NATO als eine politische Organisation freier demokratischer Staaten	267
1.2.	Der herannahende Kommunismus als Auslöser für die Gründung der NATO	269
1.3.	Die NATO – eine Wertegemeinschaft	272
1.4.	Die NATO – ein multifunktionales Gebilde	275
1.4.1.	Die kollektive Verteidigung des Bündnisgebietes	275
1.4.2.	Transatlantische Kooperation	278
1.4.3.	Interne Friedenssicherung	278
1.5.	Die NATO im kalten Krieg	280
1.6.	Entspannung und Wende in Europa – Politik und Strategie der NATO	284

<b>2.</b>	<b>Der organisatorische Aufbau der NATO</b>	<b>284</b>
2.1.	Der politische Konsultationsprozeß	287
2.1.1.	Der Nordatlantische Rat	288
2.1.2.	Der Generalsekretär	289
2.1.3.	Weitere Gremien der Konsultation	290
2.1.4.	Die NATO als Forum der euro-atlantischen Zusammenarbeit	290
2.1.5.	Der Internationale Stab	291
2.1.6.	Die militärischen Strukturen	291
2.1.7.	Die NATO – Erfolg durch Konsultation	292
2.1.7.1.	Der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR)	292
2.1.7.2.	Die Partnerschaft für den Frieden (PfP) – Aufgaben und Ziele	294
<b>3.</b>	<b>Nuklearpolitik</b>	<b>297</b>
<b>4.</b>	<b>Krisenmanagement</b>	<b>298</b>
<b>5.</b>	<b>Kooperative Sicherheitspolitik</b>	<b>299</b>
5.1.	Die NATO und die KSZE/OSZE	299
5.2.	Die NATO und die Vereinten Nationen	301
5.3.	Die NATO und die EU/WEU	302
<b>6.</b>	<b>Die Elemente der NATO-neu</b>	<b>303</b>
6.1.	Das Strategische Konzept von Rom	303
6.2.	Neue Missionen	305
6.3.	Neue Kooperationsstrukturen	306
6.3.1.	Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR)	306
6.3.2.	Die «PfP-plus»	308
6.3.3.	Die neue strategische Partnerschaft NATO-Rußland	311
6.3.4.	Die Charta über eine besondere Partnerschaft NATO – Ukraine	313
6.3.5.	Das Komitee für das Mittelmeer	314
<b>7.</b>	<b>Die Öffnung der NATO</b>	<b>314</b>
<b>8.</b>	<b>Die Kosten der NATO-Erweiterung</b>	<b>316</b>
<b>9.</b>	<b>Neue Streitkräfte- und Kommandostrukturen</b>	<b>318</b>
<b>10.</b>	<b>Der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)</b>	<b>321</b>
<b>11.</b>	<b>Der Konflikt im Kosovo 1999</b>	<b>324</b>
11.1.	Die Rolle der NATO während des Kosovo-Konfliktes	324
11.2.	Der NATO-Einsatz im Kosovo aus völkerrechtlicher Sicht	324
<b>12.</b>	<b>Die NATO auf dem Weg in das 21. Jahrhundert</b>	<b>326</b>
12.1.	Das neue Strategische Konzept von Washington	326

12.2.	Die NATO-Erweiterung nach dem Washingtoner Gipfel	329
12.2.1.	Der Membership Action Plan	329
12.2.2.	Die Frage der NATO-Erweiterung nach dem Kosovo-Konflikt	330
<b>13.</b>	<b>Die Herausforderungen für die NATO</b>	<b>332</b>
13.1.	Proliferation	332
13.2.	Terrorismus	333
<b>14.</b>	<b>Bilanz der NATO nach 50 Jahren</b>	<b>334</b>
 <b>Anhang</b>		 <b>337</b>
 <b>Autorenverzeichnis</b>		 <b>452</b>